

Geschäftsführung:
Fachdienst Rat und Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 05.06.2023

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz des Haupt- und Finanzausschusses

Bürgermeister Sebastian Wagemeyer

von der CDU-Fraktion

Ratsherr Michael Dregger

Vertretung für Ratsherrn Adam

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsherr Christoph Weiland

Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Dominik Hass

Vertretung für Ratsherrn Kriegel

Ratsfrau Heide-Marie Skorupa

Vertretung für Ratsherrn Dudas MdL

Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek

Ratsherr Jens Voß

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Andreas Stach

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Brunhilde Gromball

Vertretung für Ratsherrn Holzrichter

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Josef Filippek

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Claudius Bartsch

Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Fabian Kessler

Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus

Herr Marcus Müller

Herr Matthias Reuver

Herr Frank Kusmirtz

Frau Petra Noack

Frau Claudia Stelse

Herr Michael Heinrich

Frau Corinna Moraru

Frau Karolina Zylakowski

Frau Sabrina Bräucker

anwesend zu TOP 3 der nicht öffentlichen
Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der CDU-Fraktion

Ratsherr Norbert Adam

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Gordan Dudas MdL

Ratsherr Steffen Kriegel

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Peter Oettinghaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:46 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Berichts- und Beschlusskontrolle

Ratsherr Stach erkundigt sich nach der noch ausstehenden Berichterstattung zum „Tag des Blaulichts“ an den Schulen in Lüdenscheid.

Fachbereichsleiter Reuver führt aus, dass das Thema „Tag des Blaulichts“ vor zwei Wochen in der Schulleitungsdienstbesprechung erneut angesprochen worden sei. Zurzeit befände man sich noch in der Diskussion. Gegebenenfalls könne in der nächsten Sitzung des Rates hierzu berichtet werden.

Ratsherr Stach schlägt vor, zu diesem Thema in der ersten Sitzung des Rates nach den Sommerferien zu berichten.

Bürgermeister Wagemeyer sagt dies zu.

Des Weiteren weist Ratsherr Stach darauf hin, dass die Beantwortung der schriftlichen Anfrage des Ratsherrn Fröhling vom 28.11.2022 bezüglich der Notfallpläne bereits erfolgt sei. Erster Beigeordneter Kessler teilt hierzu mit, dass der Erledigt-Vermerk zu diesem Punkt mittlerweile gesetzt sei.

3. Prüfauftrag Konstituierung einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine Vorlage: 106/2023

Bürgermeister Wagemeyer bittet um entsprechende Beratung des vorliegenden Berichts in den Fraktionen. Im Anschluss könne die weitere Vorgehensweise zunächst in einer Fraktionsvorsitzendenbesprechung erörtert werden.

Ohne weitere Aussprache nimmt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid den Bericht zur Kenntnis

4. Zustimmung zur Durchführung von Vergabeverfahren mit einem Auftragswert über 500.000 € hier: Generalplanerleistungen zum Neubau von Feuerwehrgerätehäusern Vorlage: 093/2023

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der europaweiten Ausschreibung von Generalplanerleistungen für den Neubau der Feuerwehrgerätehäuser Homert, Stadtmitte und Oberrahmede wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

5. Ergebnisse der Stadtklimaanalyse
Vorlage: 069/2023

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz, Haupt- und Finanzausschuss sowie der Rat der Stadt Lüdenscheid nehmen die Ergebnisse der Stadtklimaanalyse in Form der Planungshinweiskarte und den dort ausgeführten Bewertungen der einzelnen Flächen zur Kenntnis.

2. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz sowie der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen und der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt, die Planungshinweiskarte und die zur Erstellung dieser modellierten Klimaanalysekarten (Tag- sowie Nachtsituation) in städtische Planungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung als wichtiges Instrument der Klimawandel- und Gesundheitsvorsorge einzubinden.

Gleichzeitig dient die Stadtklimaanalyse als ergänzendes Instrument zur Umsetzung der Maßnahmen aus der Nachhaltigkeitsstrategie sowie dem Aktionsprogramm Klimaschutz.

3. Es wird angedacht, federführend durch den Fachdienst 67, eine Fortschreibung oder Neuaufgabe der Stadtklimaanalyse alle 5 – 10 Jahre anzustreben und entsprechend extern zu vergeben. Dazu sind rechtzeitig ausreichend finanzielle Mittel in die jeweilige Haushaltsplanung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

6. Entgelt für die Mittagmahlzeiten in städtischen Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 073/2023

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Entgelt für das Mittagessen in städtischen Kindertageseinrichtungen im Kindergartenjahr 2023/2024 wird auf 4,13 € pro Portion festgesetzt; dies entspricht einem Monatsbetrag von 78,47 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

7. Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Festsetzung und Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich (Elternbeitragssatzung OGS)
Vorlage: 092/2023

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Festsetzung und Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an außerunter-

richtlichen Angeboten im Rahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich (Elternbeitragsatzung OGS) vom 15.06.2021 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**8. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Musikschule der Stadt Lüdenscheid vom 14.12.2021
Vorlage: 048/2023**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt bei einer Gegenstimme des Ratsherrn Filippek folgenden

Beschluss:

Der Schulausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen, der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren der Musikschule der Stadt Lüdenscheid vom 14.12.2021 entsprechend dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12

Nein-Stimmen: 1

**9. Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage "Zum Weißen Pferd"
Vorlage: 071/2023**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt bei einer Gegenstimme des Ratsherrn Filippek folgenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage „Zum Weißen Pferd“ wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12

Nein-Stimmen: 1

**10. Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Jahresergebnisses des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid (STL) für das Jahr 2022
Vorlage: 079/2023**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid zum 31.12.2022 sowie der Lagebericht werden in der vorgelegten Form mit einer Bilanzsumme von 7.550.802,81 Euro und einem Jahresüberschuss von 527.911,55 Euro festgestellt.
2. Die Werkleitung schlägt dem Werksausschuss vor, den Jahresüberschuss von 527.911,55 Euro wie folgt zu verwenden:
 - 487.742,93 € aus den hoheitlichen Betriebsbereichen sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden.
 - 40.168,62 € aus den gewerblichen Betriebsbereichen (BgA) sollen in eine entsprechende Rücklage eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

11. **1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2023 des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid (STL)**
Vorlage: 084/2023
-

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Investitionsplan des Wirtschaftsplans 2023 ist nachträglich um 1.384 T€ zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

12. **Bewilligung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln Haushaltsjahr 2023 hier: Klimatisierung 6. OG Rathaus**
Vorlage: 085/2023
-

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Bei Auftragssachkonto L 01100604 – 7851000 – Klimatisierung 6. OG Rathaus – werden Haushaltsmittel in Höhe von 30.200 € überplanmäßig bewilligt. Die Deckung der Mehrauszahlungen kann durch Minderauszahlungen bei folgenden Auftragssachkonten erfolgen:

- O 01100601 – 7851000 – Investition an Gebäuden in Höhe von 11.000 €
- O 01100702 – 7831000 – Investition an Schulen/Erwerb VG über 800 € in Höhe von 12.500 €
- O 01100702 – 7851000 – Investition an Schulen/Hochbau in Höhe von 6.700 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**13. Zeitplan Haushalt 2024
Vorlage: 089/2023**

Der Zeitplan zum Haushalt 2024 wird zur Kenntnis genommen.

**14. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP;
Erarbeitung eines Konzepts für eine vielfältige, künftige Nutzung der Jahn-
halle /Skatehalle und Ermittlung der hierfür notwendigen Baukosten**

Nach Aussprache wird der Antrag an den Jugendhilfeausschuss als zuständigen Fachausschuss verwiesen.

**15. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP; Voraussetzungen für die Einrichtung einer Fahrradstraße in der
Knapper Straße prüfen**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen für die Einrichtung einer Fahrradstraße in der Knapper Straße zu prüfen. Die Beschilderung soll mit Zusatzzeichen erfolgen, um Krafträdern und Kraftwagen die Nutzung weiterhin zu erlauben. Im Rahmen eines Verkehrsversuchs sollen praktische Erfahrungen gesammelt werden (Akzeptanz von Verkehrsteilnehmern, Umsetzungsaufwand, Auswirkungen etc.). Hieraus abgeleitete Handlungsempfehlungen sollen dem Bau- und Verkehrsausschuss zur weiteren Entscheidung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

**16. Einstellung von Nachwuchskräften im Jahr 2024
Vorlage: 110/2023**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Zum Ausbildungsbeginn im Jahr 2024 werden folgende Ausbildungsplätze bereitgestellt:

Stadtinspektoranwärter*innen (Bachelor of Laws (Laufbahngr. 2.1))	9 Plätze
Verwaltungsfachangestellte	8 Plätze
Notfallsanitäter*innen	14 Plätze
Brandmeisteranwärter*innen	8 Plätze
Stadtbauoberinspektoranwärter*in (Laufbahngr. 2.1)	2 Plätze
Erzieher/innen in der praxisintegrierten Ausbildung (PIA)	5 Plätze

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

17. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE.: „Die Stadtverwaltung sichert die Durchführung der Lüdenscheider Stadtmeisterschaften der Schulen im Fußball in den kommenden Jahren“

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Durchführung der Stadtmeisterschaften der Schulen im Fußball in den kommenden Jahren sicherzustellen. Dies kann zum einen dadurch gelingen, dass neue Veranstalter gefunden werden oder dass die Verwaltung selbst die Organisation übernimmt. Vorsorglich sind für diese Stadtmeisterschaften in den kommenden Jahren 5.000 € in den Haushalt einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

18. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

18.1. Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

18.2. Beantwortung von Anfragen

18.2.1. Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Bartsch in der öffentlichen Sitzung des Rates am 24.04.2023; Einsicht in das Brückenbuch der Rahmedetalbrücke

Die Beantwortung ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

18.3. Anfragen

18.3.1. Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 21.05.2023; Stand Antrag „Erstellung eines Gesamtkonzeptes Ordnung und Sicherheit im Öffentlichen Raum in Lüdenscheid“

Erster Beigeordneter Kessler teilt mit, dass dieser Punkt bereits für die Berichts- und Beschlusskontrolle für den Rat am 19.06.2023 vorbereitet worden sei.

Anschließend zitiert er hieraus wie folgt:

„Die Stellenplanbeschlüsse sind umgesetzt.

Die Aufbauorganisation des FD 32 Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung wurde mit Organisationsverordnung vom 17.05.2023 durch die Bildung von vier Abteilungen grundlegend angepasst. Eine Abteilung ist der Außendienst, eine andere die Verkehrsüberwachung. Detaillierter werden die Fachausschüsse in ihrer jeweils nächsten Sitzung informiert werden.

Aktuell werden Gefährdungsbeurteilungen für die Beschäftigten des KOD erarbeitet und ein detailliertes Ausbildungskonzept erstellt, welches die Tätigkeit „draußen“ berücksichtigt und auch die rechtlichen Vorgaben schult, die von den Beschäftigten benötigt werden. Dies berücksichtigt theoretische und praktische Grundlagen sowie drei Zugänge – Basis Sicherheit, Basis Verwaltung bzw. eine grundlegende Ausbildung unter Berücksichtigung beider

Stränge. Dies ist Grundlage, um nicht nur die Ziele, die mit der Einführung des KOD verfolgt werden, erfüllen zu können, sondern insbesondere die Sicherheit der Beschäftigten im Rahmen dieser neuen Aufgabenwahrnehmung arbeitgeberseitig adäquat sicherstellen zu können. Die KOD-Leitung hospitiert aktuell mehrere Wochen bei der Polizei Lüdenscheid, um diese und deren Agieren aktiv kennenzulernen, Zusammenarbeitsmöglichkeiten zu eruieren und zu besprechen, bereits im Vorfeld der schon vereinbarten Ordnungspartner-schaft.

Zum Einstieg in das Schlusskapitel der Konzeption des KOD unter Berücksichtigung des Ratsbeschlusses „Erstellung eines Gesamtkonzeptes „Ordnung und Sicherheit im Öffentlichen Raum““ ist verwaltungsseitig Kontakt zur Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV) aufgenommen und mit dieser vereinbart worden, unter Beteiligung von Forschung und Lehre einschließlich aktiver Mitwirkung von Studenten vor Ort in Lüdenscheid mit einem umfassenderen sog. Gesamt-Governance-Ansatz, der demographische, kriminologische, ökologische, ökonomische, rechtliche, soziologische u.a. Aspekte berücksichtigt, aufbauend auf einer Bestandsanalyse, Prognosen möglicher Entwicklungen für die kommenden Jahre sowie Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Hierdurch sollen im Ergebnis Lösungsansätze definiert und auch ein vernetzter Blick in die Zukunft ermöglicht werden.

Eine Konkretisierung ist im Rahmen eines studienbezogenen Projektes der HSPV geplant. Dezidiert wird der Fachausschuss mit weiterem Fortschritt informiert werden.

Die Leitungsstelle der Abteilung Verkehrsüberwachung ist im internen Ausschreibungsverfahren. Ansonsten ist die neue Abteilung aktuell vollständig besetzt. Zu den Regel-Aufgaben sollen insbesondere auch Unterstützungsaufgaben für die Polizei im Rahmen der Überwachung des Durchfahrtsverbots auf der Umleitungsstrecke der gesperrten Bundesautobahn wahrgenommen werden.

Der Messtrailer für Geschwindigkeitsüberwachung ist seit dem 03. Mai 2023 im Einsatz. Die Beschaffung der Technik für die kombinierte Rotlicht-/Geschwindigkeitsüberwachung befindet sich im Vergabeverfahren.

Die Fachausschüsse werden in ihrer jeweils nächsten Sitzung detaillierter informiert werden.“

Im Anschluss erkundigt sich Ratsherr Voß, ob die Verwaltung – wie in dem Antrag angeregt – mit dem Institut für Kriminologie der Ruhr-Universität Bochum Kontakt aufgenommen hätte und falls ja, wie die Reaktion ausgefallen sei.

Erster Beigeordneter Kessler erwidert, dass aufgrund der Verbindung mit der anderen Thematik und des Weitergehens zumindest im Moment noch kein Kontakt aufgenommen worden sei. Die Verwaltung würde die Anregung im Blick behalten und weiterverfolgen, ob sich diese im Rahmen des HSPV-Gesamtansatzes als sinnvoll erweisen würde.

Es ergeben sich keine weiteren Nachfragen.

18.3.2. Mündliche Anfrage des Ratsherrn Stach; Vermüllung auf dem ehemaligen IKA-Gelände

Ratsherr Stach teilt mit, dass ihn ein Bürger aus dem Bereich Höh hinsichtlich der Vermüllung des ehemaligen IKA-Geländes angesprochen hätte. Insbesondere in den Abendstunden würden sich dort Autofahrer*innen aufhalten und ihren Müll auf dem Gelände hinterlassen. Betroffene Anwohner*innen hätten bereits zur Minimierung des Mülls auf dem Gelände Abfallsäcke platziert. Die Fahrzeuge des STL kämen auch des Öfteren an der Wendeschleife vorbei. Die jeweiligen Fahrer*innen würden die Müllsäcke aber nicht mitnehmen, da ihnen hierfür kein Auftrag vorliegen würde.

Er stelle daher folgende Anfrage:

1. Könne ein entsprechender Hinweis an STL hinsichtlich der Mitnahme dieser Müllsäcke erfolgen?
2. Bestehe die Möglichkeit, dass der Fachdienst 32 Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung in den Abendstunden auf dem ehemaligen IKA-Gelände Kontrollen durchführt?

Bürgermeister Wagemeyer sagt eine entsprechend Prüfung zu.

18.3.3. Mündliche Anfrage des Rats Herrn Filippek; Stellenplananträge

Ratsherr Filippek bezieht sich auf eine Aussage der Leiterin der Musikschule in der Sitzung des zuständigen Fachausschusses, dass Kinder aufgrund von zwei fehlenden Lehrer*innenstellen von der Musikschule abgewiesen werden müssten. Des Weiteren würde an der Volkshochschule ein Medienpädagoge fehlen. Die Politik würde hiervon nur durch Zufall erfahren.

Er frage daher an, ob der Politik die zentral eingereichten Stellenplananträge der jeweiligen Fachdienste zur Verfügung gestellt werden könnten.

Bürgermeister Wagemeyer sagt eine entsprechende Prüfung zu, ob diese Möglichkeit bestünde.

Er weise aber darauf hin, dass das Thema relativ komplex sei, da zwischen den gesetzlich vorgeschriebenen und den freiwilligen Aufgaben unterschieden werden müsste. Hieraus ergebe sich bereits eine gewisse Gewichtung. Ebenfalls müssten die zur Verfügung stehenden Mittel berücksichtigt werden.

Im Anschluss teilt Ratsherr Voß ergänzend mit, dass aufgrund der fehlenden Lehrkräfte in der Musikschule insbesondere die Kooperationen mit den Schulen nicht weiter ausgebaut werden könnten. Hierauf hätte die Leiterin bei der Besichtigung der Musikschule hingewiesen.

Seitens der Politik sei zugesagt worden, dass zumindest in diesem Bereich im Rahmen der Stellenberatungen Abhilfe geschaffen werden sollte.

Ratsherr Weiland warnt davor, die Personalpolitik der Stadtverwaltung über die Kommunalpolitik laufen zu lassen. Letztlich handele es sich um die Gesamtstellenplanung, in die jede*r Anforderungen und Wünsche hätte. Die finanziellen Möglichkeiten seien aber begrenzt. Die Kommunalpolitik müsse der Verwaltung an dieser Stelle vertrauen, mit dem Stellenplan und dem Haushalt die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen.

gez. Wagemeyer

Vorsitzender

gez. Kerstin Marré

Schriftführerin